

LR Bernhard Tilg steckt in der Zwickmühle: Die Reform des Rettungswesen könnte scheitern.



peter.nindler@tt.com

Jetzt benötigt es eine rasche Rettung

Das neue Rettungsgesetz droht nach der Ausschreibung zu floppen. Schadenfreude ist aber nicht angebracht.

Gesundheits-LR Bernhard Tilg hat sich mit dem neuen Rettungsgesetz weit aus dem Fenster gelehnt. Aber wer kann es ihm verübeln: Am Tiroler Himmel herrscht seit Jahren ein Wirrwarr der Rettungshubschrauber, am Boden diktiert das Rote Kreuz das Rettungswesen. Reformen wurden jahrelang auf die lange Bank geschoben.

Die Neuausschreibung war sicher ein Risiko und könnte jetzt zum Flop werden. Dass jedoch die Angebote weit über den bisherigen Kosten von 27 Millionen Euro liegen, verwundert allerdings. Nicht nur ein bisschen, sondern sehr. Entweder wurde die Ausschreibung vom Land dilettantisch vorbereitet oder die Rettungsorganisationen wie das Tiroler Rettungsbündnis nutzten die Gunst der Stunde, um ordentliche finanzielle Fakten zu schaffen. Anders ist es nicht erklärbar, dass die aktuellen Aufwendungen von Land, Sozialversicherungen und Gemeinden in den vorliegenden Angeboten um ein Vielfaches überboten werden. Zum Nulltarif wird das Rote Kreuz bisher ja auch nicht gerettet haben.

Mit dieser Entwicklung hat der Gesundheitslandesrat möglicherweise nicht gerechnet, das war der große Denkfehler. Denn eigentlich hatte das Land gehofft, dass das Rote Kreuz mit seinen Partnern zum Bestbieter avanciert. Die Oppositionsparteien fühlen sich selbstverständlich bestätigt. Berechtigt. Und Bernhard Tilg kann es sich schließlich politisch nicht leisten, einem ausländischen Gesundheitskonzern das Tiroler Rettungswesen zu überlassen oder, was noch schlimmer wäre, die Ausgaben dafür massiv zu erhöhen. Beides sind Horrorszenarien.

Der Landesrat steckt in der Zwickmühle und muss jetzt um jeden Cent raufen. Aber unabhängig wie das (politische) Kräfte-messen ausgeht: Wird das monopolistische Rettungssystem ohne Reformen einzementiert, so verliert nicht nur Tilg, sondern auch die Gesundheitspolitik.